



Freie Demokratische Partei • Stadtratsgruppe Rastatt

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Müller,
sehr geehrte Herren Beigeordnete Knoth und Kirchner,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

als ich vor knapp eineinhalb Jahren in diesen Rat gewählt wurde, haben mich einige gefragt: „Was will ein 20-jähriger eigentlich im Gemeinderat?“ Meine Antwort: „Die Zukunft gestalten. Rastatt gestalten“. Ich würde hier heute also gerne über mutige Zukunftsvisionen sprechen, doch der vorliegende Haushaltsentwurf für das Jahr 2026 zwingt uns zu einer nüchternen Bestandsaufnahme. Wir müssen schließlich erst das Fundament sichern, bevor wir über das Dachgeschoß diskutieren können.

Wir stehen nämlich vor einem Zahlenwerk, das uns den Spiegel schonungslos vorhält. Der Kämmerer schreibt es in seinem Entwurf selbst, und wir als FDP betonen es bereits seit Jahren: Die Stadt Rastatt befindet sich in einer strukturellen Schieflage.

Wie kommen wir nun aus dieser Schieflage wieder heraus?

Ein zentraler Baustein für uns ist die langfristige Stabilisierung unserer Gewerbesteuereinnahmen. Rastatt ist ein starker Wirtschaftsstandort, aber wir erleben aktuell sehr deutlich, wie volatil diese Einnahmequelle geworden ist. Wer langfristig Planungssicherheit will, darf sich nicht allein auf den Bestand verlassen, sondern muss aktiv neue Entwicklungsmöglichkeiten schaffen.

Deshalb fordern wir als FDP neue Flächen für Gewerbeansiedlungen zu erschließen. Konkret schlagen wir vor, ein neues Gewerbegebiet an der „Baulandstraße“ zu entwickeln. Damit dieses Projekt endlich vorankommt, müssen die offenen Fragen – insbesondere die PFC-Belastung der Flächen sowie die Eigentumsverhältnisse – mit hoher Priorität geprüft und geklärt werden.



Freie Demokratische Partei • Stadtratsgruppe Rastatt

- Es gilt das gesprochene Wort -

Jeder weitere Zeitverlust kostet uns potenzielle Betriebe und damit Arbeitsplätze und künftig dringend benötigte Steuereinnahmen.

Parallel dazu müssen wir aber auch die Verwaltung selbst modernisieren. Das lang geforderte Prozessgutachten muss jetzt kommen. Gerade als junger Mensch sage ich Ihnen: Die Digitalisierung ist hier kein Selbstzweck, sondern unsere größte Chance. Wir müssen Abläufe entslacken, statt sie nur digital abzubilden. Es geht nicht darum, Papier durch PDFs zu ersetzen, sondern Abläufe grundlegend neu zu denken.

Um echte Synergien zu heben, reicht das Prozessgutachten allein aber nicht aus – ein ergänzendes Organisationsgutachten halten wir weiterhin für unerlässlich, um den Weg in Richtung Verwaltung 2.0 umfassend zu ebnen.

Ein solches Prozess- und Organisationsgutachten kann und wird aber nur dann erfolgreich sein, wenn wir ehrlich zu uns selbst sind und bereit sind auch mal ungemütliche Entscheidungen zu treffen. Es braucht Mut. Aber nicht nur Mut in diesem Gremium, sondern auch Mut von der Stadtverwaltung und ihren Beschäftigten selbst. Veränderungen sind eben selten einfach, aber oftmals notwendig. Einen der notwendigen Schritte möchte ich an dieser Stelle beispielhaft hervorheben, nämlich die Situation der Ortsverwaltungen.

Als Plittersdorfer weiß ich natürlich, dass eine Ortsverwaltung als bürgernahe Anlaufstelle absolut notwendig ist und ich möchte an ihrer Existenz keinesfalls zweifeln. Ich bitte Sie ausdrücklich mich in diesem Punkt nicht falsch zu verstehen. Doch gerade weil ich möchte, dass wir uns diesen Service langfristig noch leisten können, müssen wir auch hier über ehrliche und sachliche Aufgabenkritik sprechen.

Wir sollten prüfen, ob wirklich jede der fünf Ortsverwaltungen dauerhaft das volle Programm anbieten muss oder ob wir durch eine bessere Abstimmung der Öffnungszeiten und eine



Freie Demokratische Partei • Stadtratsgruppe Rastatt

- Es gilt das gesprochene Wort -

gezielte Spezialisierung von Dienstleistungen Synergien zwischen den Standorten selbst und der Kernverwaltung schaffen können.

An dieser Stelle möchte ich aber dem Prozessgutachten auch nicht zu weit vorwiegren und bin auf dessen Ergebnisse und die damit verbundenen Diskussionen sehr gespannt.

Mein Ziel dabei ist klar: Nicht der Rückzug aus der Fläche, sondern eine intelligente Weiterentwicklung, die den Service für die Menschen sichert und gleichzeitig unsere Verwaltung ehrlich, effizient und modern für die kommenden Jahre aufstellt.

Ein ehrlicher Blick auf den Haushalt schließt aber auch das Thema Personalkosten ein. Hier müssen wir aufpassen, dass Einsparungen nicht nur auf dem Papier existieren. Verschiebungen von Personal in die Eigenbetriebe bringt keine echte Entlastung des Gesamthaushalts, da die Kosten über den Defizitausgleich am Ende wieder bei der Stadt ankommen.

Wir haben bereits im letzten Jahr umfassende Konsolidierungsvorschläge eingebracht. Auch wenn diese damals größtenteils keine Mehrheit fanden, hoffen wir in diesem Jahr auf eine neue Dynamik. Wir alle tragen hier eine große Verantwortung, nicht nur für uns, sondern auch für kommende Generationen. Frau Oberbürgermeisterin Müller hat in ihrer Neujahrsansprache völlig richtig betont: Die Aufgabe des Staates ist die verantwortungsvolle Verwaltung der Steuergelder. Wir verwalten hier nicht unser eigenes Geld, sondern das – im übertragenen Sinne – von über 50.000 Rastatterinnen und Rastatter – und damit über Vertrauen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf eine seit Jahren wiederkehrende Aussage in den Vorberatungen des VWFA hinweisen. Nämlich, dass die anstehende Pensionierungswelle erhebliche Konsolidierungsmöglichkeiten eröffne. Bislang ist davon jedoch wenig sichtbar geworden – im Gegenteil: Die Zahl der Stellen steigt weiter. Hier besteht also dringender Handlungsbedarf.



Freie Demokratische Partei • Stadtratsgruppe Rastatt

- Es gilt das gesprochene Wort -

Abschließend möchte ich deutlich sagen: In einer finanziell so außergewöhnlich schwierigen Situation muss sich die Stadt Rastatt konsequent auf ihre Kern- und Pflichtaufgaben konzentrieren. Wir müssen uns fragen, ob es wirklich Aufgabe einer Kommune ist, Immobilien wie das Gasthaus Lamm, das Gründerzentrum oder das Hofgut Fohlenweide dauerhaft im Bestand zu halten. Ein Verkauf solcher Liegenschaften kann Liquidität schaffen und die Haushaltslage spürbar entlasten.

Um unseren Worten auch gleich Taten folgen zu lassen haben wir zwei konkrete Änderungsanträge eingebracht. Zum einen fordern wir eine Korrektur des Stellenplans. Wir nähern uns mittlerweile mit den vorgeschlagenen Stellen einem Zuwachs von 25% seit 2018. Uns ist bewusst, dass aufgrund gestiegener bürokratischer Anforderungen der Aufwand der Gemeinde seit 2018 gestiegen ist. Allerdings gehen wir davon, dass die Verwaltung durch die um mehr als 20% gestiegene Stellenzahl diesem Mehraufwand künftig gewachsen ist. Zudem können wir nicht weiter Stellen aufbauen, während wir gleichzeitig ein Prozessgutachten beauftragen, das uns erst noch sagen soll, wo und wie wir effizienter werden können.

Zum anderen beantragen wir die Aussetzung der Investitionen in den barrierefreien Umbau von Bushaltestellen für das Jahr 2026. Ich möchte auch hier ausdrücklich betonen, dass wir lediglich eine zeitliche Verschiebung fordern, keine Streichung. Wir halten dies aber für notwendig, um weiterhin ausreichend auch in die Straßen- und Wegeunterhaltung investieren zu können und so das eigentliche Ziel der Inklusion nicht zu konterkarieren. Barrierefreiheit endet schließlich nicht an der Bordsteinkante.

Ebenso beantragen wir die Streichung der Investition in die Baumaßnahmen im Rahmen des Startchancenprogramms an der Hansjakobschule. Fördergelder sind wichtig. Denn sie nehmen uns als Kommune die finanzielle Last. Aber es bleibt nach wie vor ein erheblicher Eigenanteil, den wir zu stemmen haben. Deshalb: Wenn ein wichtiges und auch notwendiges Bauvorhaben vorliegt, dann liegt es auf der Hand: Ja, zur Förderung und auch Ja, zum Eigenanteil.



Freie Demokratische Partei • Stadtratsgruppe Rastatt

- Es gilt das gesprochene Wort -

Allerdings halten wir es in der aktuellen Haushaltslage für schwer vermittelbar, Haushaltsmittel für Vorhaben bereitzustellen, deren Zweck und Erforderlichkeit noch nicht einmal konkret benannt sind.

Aus diesen Gründen wollen wir mit den vorliegenden Anträgen ein klares Signal zur Haushaltskonsolidierung senden. Alle weiteren Informationen entnehmen Sie bitte unserer Antragsbegründung.

Nun, zum Schluss möchte ich mich ausdrücklich bedanken:

Bei Frau Oberbürgermeisterin Müller, bei der gesamten Verwaltung für die hart erarbeiteten Konsolidierungsvorschläge und die tägliche Arbeit.

Wir hoffen nun, dass ihre Mühe nicht vergebens war und dass ihre Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung zeitnah durch Beschlussvorlagen hier im Gremium diskutiert werden können.

Und natürlich ein ganz besonderer Dank gilt unserem Stadtkämmerer Herrn Nachbauer und seinem Team für die Erstellung dieses Haushaltsentwurfs unter sehr schwierigen Rahmenbedingungen.

Auch in diesem Jahr machen wir unsere Zustimmung abhängig, von der Konsolidierungsbereitschaft des Gremiums – also seien wir mutig, herzlichen Dank!